

Bericht des Landtagsabgeordneten Jamal Karsli über eine Reise in den Kosovo vom 21. - 24. September 1999

Nachdem meine Pläne, schon kurz nach Ende des Krieges in den Kosovo zu reisen, aufgrund der Sicherheitslage vor Ort fehlgeschlagen waren, bot sich diese Möglichkeit jetzt im Rahmen einer vom Malteser-Hilfsdienst organisierten Informationsfahrt, wofür ich mich herzlich beim Veranstalter bedanke. Für meine Arbeit als flüchtlingspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen war dabei von besonderer Bedeutung, ob die Lage im Kosovo zur Zeit geeignet ist, Flüchtlinge in größerer Zahl zurückzuschicken. Zur Zeit leben in NRW noch ca. 70.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo.

Reiseverlauf

Die Reisegruppe des Malteser-Hilfsdienstes bestand neben Teilnehmern aus Reihen der einladenden Organisation u. a. aus Vertretern der Ministerialbürokratie von Bund und Ländern und Journalisten; insgesamt 18 Personen. Wir flogen von Köln/Bonn nach Skopje und fuhren von dort in siebenstündiger Fahrt (für ca. 120 km) mit einem Bus nach Prizren.

In Prizren führten wir Gespräche mit Herrn Konrad Hoyos, dem Leiter des Werkstatt-Wiederaufbauprogramms der Malteser und besuchten zwei dieser Projektwerkstätten. Wir sprachen mit Oberstleutnant Johannes Köper, der einer Kompanie der deutschen KFOR-Truppe vorsteht, die unter der Bezeichnung CIMIC (Civil-Military Cooperation) neben anderen zivilen Aufgaben den Bau und die Restaurierung von Wohnraum im "deutschen Sektor" koordiniert und betreibt. Für die deutsche KFOR-Truppe gab uns Presseoffizier Oberstleutnant Michalski eine Einschätzung der aktuellen Situation im "deutschen Sektor". Als letzten Gesprächspartner in Prizren trafen wir mit Herrn Marrillet vom Büro des UNHCR zusammen.

Am nächsten Tag reisten wir weiter nach Pristina, wo uns Herr Hegenauer und Herr Turk vom dortigen UNHCR-Büro einen Bericht über die Lage im Kosovo gaben. Im Anschluss daran trafen wir zu Gesprächen mit den beiden wichtigsten albanischen Politikern des Landes, Herrn Ibrahim Rugova von der LDK und Herrn Hashim Taci von der UCK zusammen. Es schlossen sich Informationsgespräche mit dem Flüchtlingsexperten Herrn Professor Blaku, Herrn Trojanow von der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) und Vertreterinnen der Organisation "Mutter Theresa" an.

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
12. WAHLPERIODE

INFORMATION

12/ 837

alle See

Am Abend reisten wir zurück nach Skopje, von wo aus wir am nächsten Tag zurück nach Deutschland flogen.

Infrastruktur und Wiederaufbau

Als Folge des Krieges sind im Kosovo rund 120.000 Häuser zerstört worden, allein im "deutschen Sektor", der rund ein Fünftel der Fläche des Kosovo ausmacht, sind von den 48000 Wohnungen 18.000 renovierungsbedürftig, 15-18.000 sind so baufällig, dass sie abgerissen werden müssen. Durch zahlreiche Projekte und Aktivitäten wird zur Zeit versucht, bis zum Wintereinbruch einer möglichst großen Zahl von Menschen ein Dach über den Kopf zur Verfügung zu stellen. Dennoch ist nach Angaben von CIMIC zu befürchten, dass 150.000 Menschen den harten Winter (bis minus 25 Grad) in Zelten verbringen werden. Etwa 240 Hilfsorganisationen sind im Kosovo tätig. Die Bereitschaft der Bevölkerung zu aktiver Mitwirkung ist sehr groß. Durch die Zurverfügungstellung von Material und Maschinen wird versucht, möglichst viel im Lande zu produzieren (z. B. Fenster, Türen), um Arbeitsplätze im Land zu schaffen.

Dies ist notwendig, denn die industrielle Infrastruktur ist völlig zusammengebrochen. In 1997 betrug ihr Anteil am Bruttosozialprodukt noch 37 %. Das macht sich in einer Arbeitslosenquote von 70-80% bemerkbar. Auch die Besitzverhältnisse von Industrieanlagen und landwirtschaftlichen Flächen sind teilweise unklar. Bei der Landwirtschaft kommt hinzu, dass die großflächige Verminung des Landes (über 1.500 Minen- und Sprengkörperfelder) eine Nutzung weiter Flächenanteile verhindert. Ihr Anteil betrug 1997 noch 34 %. Der Rest des BSP bestand aus Geldzahlungen aus dem Ausland.

Die DM ist weitgehend akzeptiertes und offiziell anerkanntes Zahlungsmittel, allerdings werden größere Geldscheine aus Angst vor Geldfälschern nicht akzeptiert.

Ein Personen- oder Güterschienenverkehr ist zur Zeit nicht in Betrieb. Hingegen scheint die Versorgung mit Wasser und Elektrizität zu funktionieren. Die Schulen des Landes haben am 1. September ihren Betrieb wieder aufgenommen, zahlreiche Hilfsorganisationen stellten eine zügige Durchführung notwendiger Renovierungen sicher nachdem man die Gebäude von Minen geräumt hat.

Während eine flächendeckende medizinische Grundversorgung nach Angaben der Organisation "Mutter-Teresa" gegeben ist, ist eine eigenständige Versorgung mit dem Notwendigsten für einen großen Teil der Bevölkerung zur Zeit noch nicht in Sicht. Rund 600.000 Menschen sind auf die regelmäßige und langfristige Unterstützung durch Hilfsorganisationen angewiesen. Die Lage in den großen Städten wie Pristina oder Prizren wird sich nach Einschätzung der vor Ort tätigen Hilfsorganisationen verschärfen, wenn mit Wintereinbruch eine erwartete Landfluchtwelle einsetzen sollte.

Verwaltung, Justiz und Politik

Ein von der UNMIK (United Nation Mission in Kosovo) eingesetzter schwedischer Verwalter fungiert als oberste Instanz in Prizren. Er wird durch offizielle Vertreter der Bevölkerung unterstützt, die als Ansprechpartner dienen und unter denen auch die serbische Bevölkerungsminderheit vertreten ist. Eine darüber hinausgehende Verwaltung gibt es nicht, zumal Einwohnermelde-, KFZ- und andere Register nicht mehr existieren. Dies fällt zum Beispiel dadurch auf, dass zahlreiche KFZ ohne Nummernschilder auf den Straßen fahren, dies bringt große Schwierigkeiten für den Nachweis von Eigentumsverhältnissen mit sich. Fehlende Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen begünstigen zudem den Aufbau mafiöser Strukturen, die bereits begonnen haben.

In Prizren gibt es die ersten Ansätze innerhalb der Strafgerichtsbarkeit bereits wieder: In den siebenköpfigen Richterkollegien sind jeweils fünf Albaner sowie je ein Serbe und ein Roma vertreten. Ein Zivilgericht fehlt hingegen.

Polizeiaufgaben werden von den 1400 Mann starken UNMIK-Einheiten wahrgenommen. Allerdings besteht Einigkeit darin, dass deren Größe bei weitem nicht zu einer effizienten Schutz- und Verbrechensbekämpfungsfunktion ausreicht. Den Schutz von serbischer und Roma-Minderheit nehmen vor allem die KFOR-Soldaten wahr.

Die Situation der Minderheiten

Die Zahl der ethnischen Minderheiten Serben und Roma hat stark abgenommen, die der Roma seit längerem, viele Serben haben seit dem Ende des Krieges den Kosovo verlassen. Dies trifft auf das südlich gelegene Prizren in besonderer Weise zu. Doch einige wollen auch bleiben und sehen sich

weitgehend hilflos dem Terror ausgesetzt, obwohl sie weitgehend unter sich bleiben und in zum Teil von KFOR-Truppen geschützten Enklaven leben. Woche für Woche werden noch heute allein in Prizren drei bis fünf Serben ermordet (kurz nach Kriegsende waren es 20-25 Ermordete pro Woche), und etwa 15 Häuser angezündet. Auf einer "Brandliste" der UCK stünden laut UNHCR 200 weitere Häuser von Serben.

Die Situation der Roma ist noch trostloser. Während die serbischstämmige Bevölkerung Aufnahme in Serbien findet, gibt es für diese zur Zeit gar keine Perspektive. Selbst in den Nachbarländern finden sie keine Aufnahme.

Trotz intensiver Bemühungen kann die internationale Präsenz die Minderheiten nur zum Teil schützen. Die personellen Kapazitäten sind bei weitem nicht ausreichend, es gibt nach übereinstimmenden Berichten ein Vakuum an Sicherheit und Ordnung.

Hinzu kommt ein Mißtrauen innerhalb der albanischen Bevölkerungsgruppe: Jeder Mann in kampffähigem Alter, der nicht mit der UCK gekämpft hat oder geflohen ist, macht sich der Kollaboration mit den Serben verdächtig. Gleiches gilt für die katholische und türkische Minderheit in einigen Dörfern des "deutschen Sektors", die im Gegensatz zu vielen anderen während des Krieges nicht zerstört worden sind. Dies erzeugt Konflikte und führt zu Spannungen.

Die UCK hat die Vereinbarungen zur Entwaffnung offiziell zwar eingehalten, es gilt aber als sicher, dass an vielen Stellen des Landes noch große Waffenvorräte versteckt sind. Dies kommt teilweise bei Razzien immer wieder ans Licht. So berichtet der Pressesprecher der KFOR-Truppe von einem Fall, wo bei einer einzigen Familie 120 Waffen beschlagnahmt wurden.

Perspektiven und Forderungen

* Eine Rückkehr der z.Zt. in Deutschland lebenden Roma ist unter den geschilderten Umständen auf lange Sicht nicht möglich. Für sie gibt es trotz den Bemühungen der KFOR-Truppen weder Sicherheit noch Existenzgrundlage. Auch die aus dem Kosovo geflohenen Serben können auf absehbare Zeit nicht gefahrlos zurückkehren.

* Das Tempo des Wiederaufbaus hängt maßgeblich von der Höhe des finanziellen und materiellen Engagements der UNO bzw. EU ab. Die Bereitschaft der Bevölkerung zu einem raschen Wiederaufbau ist sehr groß, die

Rückkehr der im Ausland lebenden Flüchtlinge muß an Fortschritte bei der Errichtung von Wohnraum und Infrastruktur gekoppelt sein. Seit Kriegsende sind 820.000 Menschen in ihre zerstörte Heimat zurückgekehrt. Dies ist schon mehr, als unter den gegebenen Bedingungen verkraftbar erscheint. Massenhafte Abschiebungen sind daher zur Zeit unvertretbar. Vertreter beider großer politischer Organisationen im Kosovo waren sich in dieser Frage einig. Würde die Bereitschaft des Westens zu finanziellem Engagement im Kosovo auch nur annähernd so groß sein wie bei der Finanzierung des Militäreinsatzes, wäre der Wiederaufbau schon ein gutes Stück weiter.

* Die Bundesregierung sollte umgehend mit den Nachbarstaaten des Kosovo in Verbindung treten, um freie Transitwege für freiwillige Rückkehrer zu ermöglichen, da zahlreiche seit längerem in Deutschland lebende Kosovo-Flüchtlinge bei der Rückkehr ihren privaten Besitz (Hausrat u.a.) mitnehmen möchten. Dies wäre eine wirkliche Hilfe für diejenigen, die freiwillig zurückkehren möchten und sinnvoller als Abschiebungen oder "erzwungene Freiwilligkeit".

* Ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Kosovo ist auf absehbare Zeit nicht ohne die Autorität der internationalen Truppenpräsenz möglich. Wenn überhaupt, ist der einzige Weg einer langfristigen Aussöhnung der verfeindeten Volksgruppen über die Bildung eines regionalen Wirtschaftsgeflechts im Balkanraum denkbar, der dann in einem zweiten Schritt einen Bedeutungsverlust der Zugehörigkeit zu dieser oder jener ethnischen Gruppe nach sich zieht.

Bei Rückfragen:
Jamal Karsli MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel. 0211-88 42 602
Fax 0211-88 43 518
jamal.karsli-mdl@landtag.nrw.de